

ABTEI, GEFÄNGNIS UND DANN?

Seit Jahren drängen eine ganze Reihe von Vereinigungen und Privatpersonen - genannt seien das "Comité International pour la Sauvegarde du Grund", "Jeunes et Patrimoine", "Stoppt de Bagger", "Interaction Faubourgs" und nicht zuletzt unsere Zeitschrift - den Kulturminister bzw. die Regierung, daß in Stadtgrund auch der Staat seine Verantwortung übernehmen und zumindest die Gebäude in seinem Besitz instand setzen müsse. Unter dem Impuls von Kulturminister Robert Kriepps (LSAP) ist denn auch in der Tat einiges geschehen. In den vergangenen Monaten hat nun auch die DP das Thema Restaurierungsarbeiten im Grund entdeckt und den Kulturminister zu überraschend schroffen Stellungnahmen herausgefordert. Für "forum" war es auf Grund unserer Sachkenntnis der Problemlage im Grund nur normal, nachzuprüfen, was hinter diesen neuen Intrigen steckt, ob es sich dabei lediglich um parteipolitische Schaumschlägerei kurz vor den Wahlen handelt oder ob eine echte Sorge, um die Zukunft des Stadtviertels zu erkennen ist, die wir teilen könnten.

Bei Gelegenheit der Debatte um die Reorganisation der staatlichen Kulturinstitute (Anfang Dezember 1988) warfen die DP-Abgeordneten R. Hübsch und C. Flesch dem Kulturminister vor, die Kredite bei den Umbauarbeiten am Hospiz St. Johann, dem nachmaligen Frauengefängnis, zu überziehen und "den Bautenminister zu zwingen, ein anderes Projekt auszuführen, als die Kammer (1986) votiert hatte" (vgl. Kammerbericht 5/88-89, Sp. 907f., 975-980). In einer Interpellation der DP-Fraktionsvorsitzenden am 31.1.1989 ging es dann um die Restaurierungsarbeiten im Bereich der alten Abtei Neumünster (17. Jh.), die von 1867 bis 1983 als Männergefängnis diente, weil diese Arbeiten ohne gesetzliche Basis in Angriff genommen worden seien (vgl. Kammerbericht 8/88-89, Sp. 1643-1690). In mehreren Reden von Abgeordneten sowie in Beiträgen im "Journal" wurden beide Gebäude und ihre je eigene Problematik z. T. geschickt miteinander verwoben, so daß verschiedene Redner gar von einem zweiten "Mondorfer Skandal" sprachen.

"forum" informierte sich bei allen zuständigen Instanzen über die Hintergründe der Affäre und konnte



Gesamtansicht des Neumünsterkomplexes. Im Vordergrund der renovierte "Tutesall", links der "Criminel", rechts vor der Kirche das "Sites-et-Monuments"-Gebäude. (März 1989)
Photo: Volker Eidloth

eine Reihe bemerkenswerter Zusammenhänge aufdecken.

Das Hospiz St. Johann

Im früheren Hospiz bzw. Frauengefängnis soll laut Gesetz vom 28.3.1986 das inzwischen vom historischen Museum getrennte naturhistorische Museum untergebracht werden. Das Gesetz war am 6.2.1986 mit 62 Ja-Stimmen von der Kammer angenommen worden. Allerdings wurden im Laufe der Umbauarbeiten - das ganze Gebäude wurde (zum Schrecken der Denkmalschützer) entkernt, es blieben nur die Außenmauern und das Dach stehen - eine ganze Reihe unvorgesehener Ausgaben notwendig und andererseits stellten die Museumsverantwortlichen fest, daß die für die wissenschaftliche Ausrüstung vorgesehenen Kredite absolut unzulänglich waren. Das hatten einige auch schon vorausgesehen, doch um den Beginn der Arbeiten nicht weiter hinauszuzögern, wurde das Gesetz in einer Fassung votiert, die noch weitgehend von der 1979-84er CSV-DP-Regierung stammte. Unter dem Einfluß des britischen Experten Allen Johnston setzte sich 1987 definitiv bei den zuständigen Beamten eine "neue" Museumskonzeption durch: weg vom Museum zum Anschauen, hin zum Museum zum Anfassen. Daß unter diesen Umständen die 1986 votierten 230 Millionen Franken nicht genügen konnten, wurde allen Beteiligten bald klar, und seit Sommer 1988 sind Kultur- und Bautenministerium mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzprojektes beschäftigt, um die zusätzlichen 280 Millionen sicherzustellen. Nach den zahlreichen Interventionen, Leserbriefen usw. der interessierten naturwissenschaftlichen und ökologischen Vereinigungen wurde dieser Entwurf am 10.3.1989 vom Regierungsrat gutgeheißen. (Eine ähnliche, später korrigierte Fehlschätzung hat es übrigens beim Bau des neuen Flügels des "Lycée technique du Centre" gegeben.)

Warum der Kulturminister es in der hitzigen Debatte von Dezember 1988 versäumt hat, den Abgeordneten dieses wichtige Vorhaben anzukündigen, entzieht sich unserer Kenntnis. Der grobe Vorwurf der DP-Vorsitzenden, er sei ein Feigling, trug sicher nicht dazu bei, daß er seine Fassung behielt und die "richtigen" Informationen weitergab. Er wollte wohl auch nichts sagen, womit sein Minister- und Parteikollege Marcel Schlechter vielleicht nicht hätte einverstanden sein können. Unklar bleibt uns andererseits, warum der Bautenminister behauptete, er habe die Bauarbeiten stoppen lassen, weil er "kein zweites Mondorf" riskieren wolle, da doch nicht er, sondern der Regierungsrat am 29.7.1988 auf Vorschlag des Kulturministers den Bau vorläufig stoppte und das neue Gesetzprojekt zu diesem Zeitpunkt schon in Ausarbeitung war. Seiner Antwort auf eine Anfrage von Frau C. Flesch ist außerdem zu entnehmen, daß erst 34,5 Millionen Franken (von 230 votierten) ausgegeben worden sind. Diese Fragen stellte die DP-Vorsitzende übrigens erst nach dem parlamentarischen Intermezzo vom 13.12.1988.

Die Neumünsterabtei und der "Tutesall"

Schon die DP-LSAP-Regierung hatte 1976 und 1979 den prinzipiellen Beschluß gefaßt, den ganzen Abteikomplex nach dem Auszug des Gefängnisses (der 1983 erfolgte) kulturellen Zwecken zuzuführen. Eine interministerielle Arbeitsgruppe konnte allerdings nie einen Konsens über die konkrete Gestaltung des zukünftigen Kulturzentrums finden, weil gewisse Beamten andere Zielsetzungen im Sinn hatten.

Zur Zeit der CSV-DP-Regierung (1979-84) tauchte in der Tat der "ingénieur commercial" Georges Lentz jr. auf, dessen besonderes Interesse für Stadtgrund "forum"-Lesern hinlänglich bekannt sein dürfte (vgl. u. a. in Nr. 98 den Plan des Stadtviertels mit den ihm, seiner Familie bzw. der "Brasserie Nationale" gehörenden Liegenschaften). Er befürwortete eine zumindest teilweise Privatisierung des Komplexes und fand auch bei verschiedenen höheren Beamten Unterstützung für die Idee, ein Luxushotel dort einzurichten (vgl. "forum" Nr. 101). In einem im Grund gedrehten Film der "Tatort"-Serie ließ er sogar ein Modell zeigen. Er ließ auch das Gerücht kursieren, die Firma "Electrolux" sei bereit, eine Milliarde in das Projekt zu investieren. Dieses fabelhafte Angebot platzte aber bald wie eine Seifenblase, als der neue (ab 1984) Kulturminister R. Krieps sich von den Verantwortlichen von "Electrolux" bestätigen ließ, sie seien zu einer Investition von höchstens 80 Millionen Franken zugunsten eines Trainingzentrums für angehende Manager bereit. Da der Familienminister dem vom "Comité International pour la Sauvegarde du Grund" ausgearbeiteten Plan, im alten Gefängnis Sozialwohnungen einzurichten, anfänglich nicht abgeneigt gegenüberstand, bis der Kulturminister ihn davon überzeugt hatte, daß dieser Plan finanziell nicht durchführbar und menschlich unzumutbar sei, dauerte es schließlich bis zum 9.5.1986, bis die Regierung den prinzipiellen Beschluß faßte, den Vereinen aus Stadtgrund vorerst den "Tutesall" als Versammlungs- und Veranstaltungslokal zur Verfügung zu stellen.

Gleichzeitig drängten der Budgetminister Jean-Claude Juncker (CSV) und die Finanzinspektion den Kulturminister, mit den Restaurierungsarbeiten anzufangen. So wurde das längst der Alzette an die St. Johann-Kirche angebaute Gebäude instand gesetzt und im Dezember 1987 vom "Service des Sites et Monuments Nationaux" bezogen. Am 15.1.1988 wurde das ganze Areal unter Denkmalschutz gestellt, und im März wurde mit der Restaurierung des "Tutesall" - offiziell um der für 1989 geplanten Ausstellung zur 150jährigen Geschichte des Staates Luxemburg eine vorübergehende, aber sicher angemessene Unterkunft zu verschaffen - begonnen. Dabei wurden allerdings die Reste einer Pforte der dritten Ringmauer freigelegt, und parallel entschied die Arbeitskommission unter Prof. G. Trausch, die Ausstellung in den alten Messehallen auf Limpertsberg zu veranstalten.

Finanziert wurden diese Arbeiten mit Mitteln aus dem "Fonds pour les monuments historiques", die

**Weg vom
Museum zum
Anschauen,
hin zum
Museum zum
Anfassen**

weder objekt- noch zeitgebunden sind. Die durch das Freilegen des Turms bedingten Mehrkosten wurden von den Budgetposten für die Instandhaltung der "vestiges de la forteresse de Luxembourg" und für "sites archéologiques" gedeckt. Bei den Budgetdebatten hatte die DP daran nichts zu bemängeln. Über die Interpretation des Artikels 99 der Verfassung, den die DP ins Feld führte, läßt sich natürlich streiten. ("Nulle création au profit de l'Etat ... d'un immeuble considérable ne peut être décrétée qu'en vertu d'une loi spéciale.") Sind der Umbau und die Restaurierung eine "création" im Sinne der Verfassung oder nicht? Geht es um ein "bâtiment considérable" oder nicht? Solange es keinen Verfassungsgerichtshof wie in der BRD oder in Frankreich gibt, bleibt hier eine Rechtsunsicherheit bestehen, die jede Partei nach ihrem Interesse interpretieren kann. Wohl gibt es eine Empfehlung des Staatsrats vom 3.5.1978, bei Projekten, die mehr als 20 Millionen benötigen, einen Gesetzentwurf vorzulegen, doch die Regierung fixierte diese Grenze auf 100 Millionen. Auch die Finanzinspektion verneint die Notwendigkeit eines Gesetzes. Zu Unrecht forderte daher die DP in ihrem Entschließungsantrag einen Tadel für den Kulturminister wegen Mißachtung der Verfassungsinterpretation des Staatsrats und der Kontrollrechte des Parlaments. Ein solcher Tadel hätte höchstens auf die Regierung als ganzes zielen müssen.

Es bleibt positiv festzuhalten, daß der "Tutesall" seit Ende März - zumindest was die Innenausstattung angeht - fertiggestellt ist und daß er am 29.3.1989 mit einer Ausstellung ("Am Schied vun der Festung") über das Stadtviertel Grund eröffnet wurde, die die drei eingangs genannten Organisationen zusammengestellt haben. Bis Jahresende ist der Saal schon für Konzerte und Ausstellungen ausgebucht. Erstmals besitzt der Staat einen eigenen großen Raum für solche Aktivitäten und braucht ihn nicht mehr von Gemeindeautoritäten zu mieten. Er stellt ihn den Künstlern sogar gratis zur Verfügung.

Ein "Centre National d'Action Culturelle"

Im Stadtgrund geschieht also endlich etwas, auch von staatlicher Seite. Im übrigen hat im Dezember 1988 eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern des Kultur- und des Bautenministeriums auch die am 6.5.1986 in Auftrag gegebenen Vorarbeiten zu einem Gesetzesprojekt über die weitere Nutzung der andern Gebäude des Komplexes Neumünster abgeschlossen. Die Regierung hat dafür schon 800 Millionen in den "Fonds" für öffentliche Bauten einbezahlt.

Vorgesehen ist, wie der Minister das übrigens schon öfters in Sonntagsreden und 1986 in einem "forum"-Interview durchblicken ließ (vgl. "forum", Nr. 91) und uns auf Anfrage bestätigte, ein "Centre National d'Action Culturelle" (CNAC) zu schaffen. Darunter sind verschiedene Aktivitätsbereiche zu verstehen: einmal im alten Kreuzgang ein Museum für religiöse Kunst und die Geschichte der Luxemburger Abteien und Klöster, dann die definitive Unterkunft der (Reste der) großen Ausstellung "De l'Etat à la



Innenhof der Neumünsterabtei (März 1989)
Photo: Volker Eidloth.

Nation" zum 150. Jahrestag der Unabhängigkeit, womit Luxemburg endlich ein didaktisches Museum zu seiner Geschichte erhielt, drittens Arbeitsräume für die verschiedenen Sektionen des "Institut Grand-Ducal", die ihnen seit fast 150 Jahren versprochen werden, und viertens vor allem Ateliers für die Ausübung verschiedener Künste oder wissenschaftlicher Forschungen. Nicht vergessen werden soll die Integration in das von vielen Ausländern bewohnte Stadtviertel durch Aktivitäten im interkulturellen Bereich, u. a. durch Zur-Verfügung-Stellen von Räumen für die lokalen Vereine und durch kreative Aktivitäten mit Kindern. Daneben wird noch Raum bleiben für Konferenzräume und für wechselnde Ausstellungen, auch aus dem Bereich der natürlichen und architektonischen Umwelt und über die Probleme ihrer Konservierung. Das ganze Zentrum soll im Gegensatz zu den klassischen Museen eine aktive Auseinandersetzung der "Besucher" mit den dort betriebenen Aktivitäten fördern und dadurch maßgeblich zur Aktivierung des Luxemburger Kulturbetriebs beitragen, nicht zuletzt dadurch, daß eine ganze Reihe von Kunstschaffenden sich hier automatisch begegnen werden. Eine enge Zusammenarbeit mit vielen schon bestehenden Vereinen wird dabei unerlässlich sein. Der geplante Kultursender wäre sicher hier auch sinnvoll untergebracht; ob dafür allerdings noch Platz übrigbleibt, steht zu bezweifeln.

Dieses Konzept war wohl auch dem LSAP-Abgeordneten Ben Fayot bekannt, als er bei Gelegenheit der Interpellation von Frau C. Flesch (DP) am 31.1.1989 in einer Motion der Mehrheitsparteien die Regierung aufforderte, "dans les meilleurs délais" ein Gesetzesprojekt mit einem Gesamtkonzept für die zukünftige Gestaltung der Neumünsterabtei vorzulegen. Er übernahm insoweit eine fast gleichlautende Motion der DP, die denn auch von der Regierung anstandslos akzeptiert werden konnte. Aber er präzierte das verlangte Globalkonzept dahingehend, daß es die Schaffung eines "centre public pour l'action culturelle" zum Ziel haben soll. Diesen Passus war die DP nicht bereit mitzutragen, obschon auch sie 1979 in

der Regierung der kulturellen Zweckbestimmung des Komplexes zugestimmt hatte! In dieser Partei scheinen immer noch Privatisierungshoffnungen zu bestehen. Im Dezember 1988 soll übrigens Herr G. Lentz jr. erneut bei der Finanzinspektion vorstellig geworden sein und seinen alten Vorschlag unterbreitet haben, einen Teil des Gebäudekomplexes (nach der vom Staat bezahlten!) Restaurierung für Geschäftszwecke (Hotel, Restaurant, ...) zu übernehmen! In den Augen der DP wohl ein reiner zeitlicher Zufall.

Allzu-Menschliches oder Parteipolitisches?

Da wir also nicht viel Stichhaltiges in der Argumentation der DP finden können - das "Letzeburger Land" war am 10.2.1989 bemerkenswerterweise derselben Meinung - und z. T. mit offensichtlich falschen Darstellungen operiert wird, stellt sich natürlich die Frage, was die Oppositionspartei mit ihren Interventionen bezwecken will.

Einerseits scheint sie - im Einvernehmen mit hochgestellten Beamten der Bauverwaltung und des Bautenministeriums - Zeit gewinnen zu wollen, um zu verhindern, daß, abgesehen von der Klassierung, vor einem möglichen Regierungswechsel unwiderrufliche Entscheidungen gefallen sind. Denn noch steht der Realisation der Hotelräume des Herrn G. Lentz und Consorten nichts Wesentliches im Wege. Und in dieser Hinsicht darf die DP zufrieden sein. Das für sie wohl Wichtigste hat sie erreicht: Auch die Mehrheitsparteien forderten in einer Motion die Regierung auf, die Restaurierungsarbeiten in der Neumünsterabtei vom Kulturminister, dessen unterbesetzter "Service des Sites et Monuments" damit tatsächlich überfordert ist, in die Hand des Bautenministers zu übertragen, so wie das beim "Hospice St Jean" von Anfang an der Fall war und so wie das auch für das oben geschilderte CNAC-Projekt sowieso vorgesehen war. Falls die DP nach Juni 1989 nämlich in die Regierung zurückkehren kann, kann sie kaum auf das Kulturministerium hoffen, wohl aber auf das Bauten-

ministerium. Es sieht auch nicht danach aus, als ob das CNAC-Projekt noch vor den Wahlen im Juni verabschiedet werden kann, denn zur Zeit ist das Bautenministerium noch dabei, die technische Seite fertigzustellen, und für Bauvorhaben aus dem Kulturministerium braucht man dort immer ganz viel Zeit.

Es bleibt das z. T. unverständliche Benehmen der beiden LSAP-Minister in dieser Affäre. Wir finden, daß der Kulturminister gegenüber den DP-Attacken unnötig schroff reagierte und mehrere seiner Trümpfe gar nicht ausspielte, mit denen er problemlos der Opposition den Wind aus den Segeln genommen hätte. Genügt hier die menschliche Kränkung, die er von seiten der DP-Vorsitzenden hinnehmen mußte, um seine Informationsverweigerung zu erklären?

Es bleibt nämlich vor allem der Eindruck, daß Bautenminister M. Schlechter sich mehrfach in dieser Auseinandersetzung benahm, als säße er nicht mit Minister R. Krieps in derselben Regierung, sondern als gehörte er zur Opposition. Mehr als einmal konnte die DP ihn als Kronzeugen für ihre (falschen) Behauptungen zitieren. Genügt hier die Erklärung, daß der Umweltminister R. Krieps dem Straßenbauminister M. Schlechter zu häufig Steine in den Weg legt, so daß dieser nun dem Kulturminister R. Krieps eins auswischen wollte? Es gibt eine andere Erklärung aus den Niederungen der Parteipolitik: Es ist nämlich ein offenes Geheimnis, daß im Bautenministerium nicht der Minister, sondern mehrere hohe Beamten das Sagen haben, die er von seinem Vorgänger übernommen hat, und die der DP angehören. Deren Einfluß und Redevorlagen könnten so manches unverständlich klingende Detail der Intrige erklären. Daß "Journal" und DP sich nicht zu schade sind beide Minister gegeneinanderausspielen zu wollen, gehört zu den - allerdings von vielen Mitbürgern verabscheuten - Regeln der parteipolitischen Auseinandersetzung. Das Stadtviertel Grund hat dabei nichts zu gewinnen.

m.p.

Carlo Schmitz

